Antrag des Regierungsrates

RRB Nr. 404

Änderung BauG 2021

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I
	Baugesetz (BauG)	
	<i>Der Grosse Rat des Kantons Bern, auf Antrag des Regierungsrates, beschliesst:</i>	
	I.	
	Der Erlass 721.0 Baugesetz vom 09.06.1985 (BauG) (Stand 01.03.2022) wird wie folgt geändert:	
<p>Art. 10 3 Kommission zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder</p> <p>² Die OLK beurteilt zuhanden der Baubewilligungsbehörde prägende Bauvorhaben aus Sicht des Ortsbilds- und Landschaftsschutzes. Die Interessenabwägung obliegt der Baubewilligungsbehörde.</p>	<p>Art. 10 Abs. 2 (geändert), Abs. 5 (neu)</p> <p>² Die OLK beurteilt zuhanden der Baubewilligungsbehörde prägende Bauvorhaben aus Sicht des Ortsbilds-<u>Ortsbild</u>- und Landschaftsschutzes. Die Interessenabwägung obliegt der Baubewilligungsbehörde.</p> <p>⁵ Sie wird im Baubewilligungs- und Planerlassverfahren nicht beigezogen, wenn das betreffende Bauvorhaben oder Planungsgeschäft</p> <p>a bereits von der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission, der Kantonalen Denkmalpflege oder einer leistungsfähigen örtlichen Fachstelle begutachtet worden ist oder</p> <p>b das Ergebnis eines anerkannten qualitätssichernden Verfahrens ist.</p>	

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I
	<p>Art. 58a (neu) Startgespräch</p> <p>¹ Die Gemeinde und die zuständige Stelle der Direktion für Inneres und Justiz führen zu Beginn des Planerlassverfahrens nach diesem Gesetz ein Startgespräch.</p> <p>² Das Startgespräch bezweckt die gegenseitige Information, das Erörtern der wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und die frühzeitige Klärung des Ablaufs des Planerlassverfahrens.</p> <p>³ Bei offensichtlich unproblematischen Planungen kann die Gemeinde auf die Durchführung des Startgesprächs verzichten.</p>	
<p>Art. 59 Vorprüfung</p>	<p>Art. 59 Abs. 1a (neu)</p> <p>^{1a} Die Gemeinden können die erforderlichen Amts- und Fachberichte selber einholen und mit den zuständigen Stellen bereinigen (Ämterkonsultation), wenn sie dies zu Beginn des Planerlassverfahrens verbindlich erklären und die Dokumentation der Ämterkonsultation sichergestellt ist. Die abschliessende Vorprüfung obliegt in jedem Fall der zuständigen Stelle der Direktion für Inneres und Justiz.</p>	
<p>Art. 61a Rechtsmittel</p> <p>⁴ Die Artikel 35d, 39 Absatz 3, 40a und 41 sind sinngemäss anwendbar.</p>	<p>Art. 61a Abs. 4 (geändert)</p> <p>⁴ Die Artikel 35d, 39 Absatz 3, <u>40 Absatz 5</u>, 40a und 41 sind sinngemäss anwendbar.</p>	
<p>Art. 92 Festlegungen der Grundordnung</p>	<p>Art. 92 Abs. 2 (geändert)</p>	

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I
<p>² Die Grundordnung kann als weitere Vorgabe für die Überbauungsordnung die Durchführung eines Wettbewerbs oder eines nach anerkannten Regeln durchzuführenden wettbewerbsähnlichen Verfahrens verlangen.</p>	<p>² Die Grundordnung kann als weitere Vorgabe für die Überbauungsordnung die Durchführung eines Wettbewerbs oder eines nach anerkannten Regeln durchzuführenden wettbewerbsähnlichen <u>qualitätssichernden</u> Verfahrens verlangen vorschreiben.</p>	
<p>Art. 93 Grundsatz des Bauens nach Überbauungsordnung</p> <p>¹ Das Bauen in einer Zone mit Planungspflicht setzt eine rechtskräftige Überbauungsordnung (Art. 88) voraus. Wenn aber die Festlegungen der Grundordnung eingehalten werden, kann die Gemeindebehörde</p> <p>b auf den Erlass der Überbauungsordnung verzichten, wenn ein Vorhaben das Ergebnis eines Projektwettbewerbs ist, der nach anerkannten Verfahrensregeln durchgeführt wurde;</p>	<p>Art. 93 Abs. 1</p> <p>¹ Das Bauen in einer Zone mit Planungspflicht setzt eine rechtskräftige Überbauungsordnung (Art. 88) voraus. Wenn aber die Festlegungen der Grundordnung eingehalten werden, kann die Gemeindebehörde</p> <p>b (geändert) auf den Erlass der Überbauungsordnung verzichten, wenn ein Vorhaben das Ergebnis eines Projektwettbewerbs ist, der nach anerkannten Verfahrensregeln durchgeführt wurde <u>qualitätssichernden Verfahrens ist</u>;</p>	
<p>Art. 144 Verordnungen</p> <p>² Gegenstand der Bauverordnung sind insbesondere</p> <p>i die nähere Ordnung des Verfahrens und der Zuständigkeit für Vorschriften und Pläne, insbesondere hinsichtlich ihrer geringfügigen Änderung und der Anpassung des Richtplans nach Raumplanungsgesetz,</p> <p>k die Zonenkonformität von Vorhaben in der Landwirtschaftszone und die möglichen Ausnahmen nach den Artikeln 24 bis 24d RPG,</p>	<p>Art. 144 Abs. 2</p> <p>² Gegenstand der Bauverordnung sind insbesondere</p> <p>i (geändert) die nähere Ordnung des Verfahrens und der Zuständigkeit für Vorschriften und Pläne, insbesondere hinsichtlich ihrer geringfügigen Änderung und der Anpassung des Richtplans nach Raumplanungsgesetz;¹</p> <p>k (geändert) die Zonenkonformität von Vorhaben in der Landwirtschaftszone und die möglichen Ausnahmen nach den Artikeln 24 bis 24d RPG;¹</p>	

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I
<p>I die Festlegung qualitätssichernder Verfahrensregeln für Projektwettbewerbe nach Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe b,</p> <p>m die Einzelheiten zum Baubewilligungsverfahren in elektronischer Form,</p>	<p>I (geändert) die Festlegung qualitätssichernder Verfahrensregeln für Projektwettbewerbe nach Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe b, <u>der anerkannten qualitätssichernden Verfahren;</u></p> <p>m (geändert) die Einzelheiten zum Baubewilligungsverfahren in elektronischer Form;ⁱ</p>	
	<p>II.</p>	
	<p>Der Erlass 724.1 Koordinationsgesetz vom 21.03.1994 (KoG) (Stand 01.09.2009) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 7 Koordination im Nutzungsplanverfahren</p> <p>¹ Wird im Nutzungsplanverfahren eine Vorprüfung durchgeführt, obliegen der vorprüfenden Behörde die in den Artikeln 6 und 8 genannten Aufgaben mit Ausnahme der Behandlung der Einsprachen.</p>	<p>Art. 7 Abs. 1 (geändert)</p> <p>¹ Wird im Nutzungsplanverfahren eine Vorprüfung durchgeführt, obliegen der vorprüfenden Behörde die in den Artikeln 6 und 8 genannten Aufgaben mit Ausnahme der Behandlung der Einsprachen. <u>Vorbehalten bleibt Artikel 59 Absatz 1a des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 (BauG)¹⁾.</u></p>	
	<p>III.</p>	
	<p><i>Keine Aufhebungen.</i></p>	
	<p>IV.</p>	
	<p>Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.</p>	
	<p>Bern, 27. April 2022</p> <p>Im Namen des Regierungsrates</p>	

¹⁾ BSG 721.0

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I
	Die Präsidentin: Simon Der Staatsschreiber: Auer Dem Grossen Rat wird beantragt, nur eine Lesung durchzuführen.	